



Stellungnahme vom 27. September 2023

Stellungnahme zur Antwort des Stadtrates auf die Gemeindeinitiative «Zur Einführung eines Stadtparlaments»

353 gültige Unterschriften hat das Initiativkomitee der Gemeindeinitiative «Zur Einführung eines Stadtparlaments» im Juli 2023 eingereicht. Die Anregung wurde amtlich bestätigt und jetzt ist klar: Der Stadtrat von Sursee empfiehlt der Stimmbevölkerung die Gemeindeinitiative zur Ablehnung. Die Gemeindeversammlung soll an einer ausserordentlichen Einwohnerversammlung im Frühjahr 2024 darüber entscheiden.

Was heisst für Sie Mitbestimmung? Eine direkte Form dieser Mitbestimmung und damit auch Mitgestaltung unserer Stadt ist die Einwohnerversammlung. Fristgemäss wird das Stimmvolk über die traktandierten Geschäfte informiert und zur Diskussion eingeladen. Die Wertschätzung dieser einzigartigen Kultur der direkten Demokratie ist hochzugewichten. Dass diese direkte Demokratie wahrgenommen werden kann, setzt eine Anwesenheit an der Versammlung voraus. Natürlich kann dies für eine Person mit Schichtbetrieb oder eine Familie einen Hinderungsgrund sein. Aber genauso gut, ist eine Verlagerung der Entscheidungskompetenzen an ein Mitglied des Stadtparlaments eine Einschränkung der eigenen Haltung. Eine Gemeindeversammlung ist einen öffentlichen Prozess und wird nicht an einen Bruchteil der Stimmbevölkerung (z.B. 30 Personen aus politischen Parteien) an ein Parlament ab delegiert.

Aus unserer Sicht ist die Diversität des Stimmvolkes weniger abgebildet. Denn, Jungparteien oder Quartiervereine werden keinen Einsitz im Stadtparlament haben und müssten sich aktiv ein Gehör bei einem Parlamentsmitglied verschaffen. Dass diese Form nicht wahrgenommen werden würde, ist, angesichts der Mitwirkungskultur in der heutigen Zeit, realistisch. Mitbestimmung gibt es nur mit einer bitteren Portion Administrationsaufwand. Uns würden bei einem Systemwechsel jährlich Fr. 500'000 wiederkehrende Kosten erwarten. Der Aufbau ist gemäss Einschätzung der Stadt auf Fr. 114'000 zu berappen. Ein hohes Preisschild für einen zeit- und personalintensiven Betrieb. Neu betrachten würden wir die Situation, bei einem besseren Preis-/ Leistungsverhältnis (höhere Anzahl von Stimmberechtigten). Zurückführend beispielsweise durch eine Fusion mit einer Nachbargemeinde.

Für Die Mitte Sursee ist dieser gut überlegte Entscheid des Stadtrates der richtige Weg. Unbestritten ist, dass Massnahmen zu treffen sind, um die Partizipation zu steigern. Aber dieser Rückgang der Stimmbeteiligung ist nicht einzig und allein durch die Stadt Sursee zu lösen. Dafür braucht es weniger ich und mehr wir für Freiheit. Solidarität. Verantwortung.



Kontakt:

Andrea Kaufmann, Parteipräsidentin

Mail: info@diemitte-sursee.ch

Tel. 079 514 44 55